

Die im Rahmen des 3. EU-Energiebinnenmarktpaktes definierten Ziele, Stärkung des europäischen Binnenmarktes, Förderung einer CO<sub>2</sub>-freien Energieerzeugung und Versorgungssicherheit werden allesamt nicht erreicht. Allein die Vorgabe „CO<sub>2</sub>-freie Energieerzeugung“ basiert schon auf rein ideologischen Vorgaben und nicht auf naturwissenschaftlichen oder technischen Erkenntnissen. Es konnte bisher kein wissenschaftlicher Beweis erbracht werden, wie stark oder ob überhaupt der CO<sub>2</sub>-Anteil in der Atmosphäre unser Klima beeinträchtigt. Dagegen ist nachweisbar, dass in den IPPC-Veröffentlichungen getäuscht und gefälscht wurde, wissenschaftliche Erkenntnisse über den Einfluss der Sonnenaktivität unterdrückt und die Wissenschaftler mit kritischen Meinungen diffamiert wurden.

Darüber hinaus argumentieren die s. g. Klimafolgenforscher damit, dass sie keine Klimavorhersage treffen könnten; es würden nur Szenarien berechnet, deren Modelle wichtige Eigenschaften wie chaotische Luftströmungen oder den Wassergehalt in der Atmosphäre nicht wiedergeben können. So ist es schon sehr erstaunlich, dass unsere Bundesregierung, gesegnet mit einer Physikerin als Kanzlerin, auf einer solchermaßen wissenschaftlich nicht fundierten Basis ihre Energiepolitik entwickelt.

Mit dem Netzentwicklungsplan werden aber auch gerade die beiden anderen Forderungen konterkariert. Der europäische Binnenmarkt wird durch die deutschen Strompreiserhöhungen insgesamt geschwächt und nicht gestärkt. Auch der Vorschlag von Rösler und Altmaier für eine Haftungsregelung beim Offshore-Netzausbau wird weiteres Geld kosten und die Energieversorgung nicht sicherer machen. Das Geld, das für die erhöhten Stromrechnungen bezahlt werden muss, kann nicht mehr für andere Investitionen ausgegeben werden. Besonders hart wird aber die Industrie getroffen. Für viele Produkte sind die Stromkosten preisbestimmend. Damit werden diese Produkte künstlich verteuert, oder die Produktion wird letztendlich in andere Länder verlagert. Deutschland wird so deindustrialisiert, ein Prozess, der heute schon zu beobachten ist. Es macht doch nachdenklich, dass die Industrie in Frankreich nur etwas mehr als die Hälfte für eine kWh elektrische Energie bezahlen muss.

Besonders negativ wirken sich die enorm hohen Investitionskosten für den Netzausbau aus. Dieses Geld fehlt für die Entwicklung anderer wichtiger Zukunftsfelder, im Energiebereich beispielsweise für die Erforschung von Speichertechnologien oder anderer Energieträger wie Thoriumreaktoren als Kleinkraftwerke.

Auch die Versorgungssicherheit kann mit dem Netzausbau nicht garantiert werden; denn mit der stark fluktuierenden Einspeisung aus den regenerativen Energiequellen Wind und Sonne entstehen Leistungsschwankungen zwischen maximaler installierter Leistung und Null. Es müssen auch längere Zeiten mit fehlender Einspeisung überbrückt werden können - ein Alptraum für die Netzbetreiber, denn es fehlen die erforderlichen Speicher. Verfügbar sind derzeit Speichervolumen, die nur für 40 Minuten den Stromverbrauch in der Bundesrepublik aufrecht erhalten können. Der Bau neuer Pumpspeicherwerke wird wie alle größeren technischen Projekte (Autobahnen, Bahntrassen, Bahnhöfe, Flugplätze usw.) von den s.g. „Wutbürgern“ verhindert werden; denn das Empörungspotential ist beträchtlich. Bleibt die Frage, warum Politiker, Industrievertreter und die breite Öffentlichkeit nicht gegen diese Politik opponieren. Dafür gibt es zwei entscheidende Gründe:

Erstens: Die Technik der elektrischen Stromversorgung ist doch ziemlich kompliziert. Vielen Bürgern ist nicht bekannt, dass immer ein absolutes Gleichgewicht zwischen Erzeugung und Verbrauch bestehen muss. Auch kennen viele nicht den Unterschied zwischen dem momentanen „Leistungsverbrauch“ (kW oder MW) und der „Energie“ (kWh oder MWh), die über einen längeren Zeitabschnitt erzeugt oder verbraucht wurde. So lässt sich die Bundesrepublik noch als Stromexportland feiern, obwohl sie zu bestimmten Zeiten Spitzenleistung teuer importieren muss, dagegen zu Zeiten von Erzeugungsüberschuss durch Sonne und Wind diese Energie ins Ausland verschenkt und manchmal sogar noch Geld draufzahlt, damit diese Energie abgenommen wird.

Zweitens: Die Planwirtschaft hat auch immer ein paar Gewinner. Die vielen Förderprogramme für wissenschaftliche Untersuchungen, Aufbau von Solarzellenfertigungsanlagen, totale Überförderung der von Sonne und Wind erzeugten kWh, bis hin zu den geplanten Förderungen für den Bau konventioneller Kraftwerke und auch danach deren Stillstandszeiten, animieren Industrie und Wissenschaft, von diesen Fördergeldern kräftig zu profitieren. Oft werden dabei auf der Geber- als auch auf der Nehmerseite Mitarbeiter eingesetzt, die von der Technik keine Ahnung haben, aber dafür bezahlt werden, Förderprogramme umzusetzen oder einzuwerben. Mit Marktwirtschaft oder verantwortungsvoller Zukunftsplanung hat das nichts mehr zu tun. Deshalb warnte ja auch der Bundespräsident zur Eröffnung der Woche der Umwelt am 5. Juni 2012 davor, die Energiewende per Planwirtschaft umzusetzen.

Leider unterstützen die Medien durch reißerische Schlagzeilen diese Fehlentwicklung. Eine gute Schlagzeile belebt das Geschäft. Mit geringen Übertreibungen kann Angst geschürt werden, und ein ständiges Wiederholen bestimmter Meinungen verstärkt in der Öffentlichkeit die Glaubwürdigkeit.

Der Netzentwicklungsplan löst keines der zukünftigen Energieprobleme; ganz im Gegenteil, er schafft neue. Unter Einsatz erheblicher finanzieller Mittel wird die Landschaft weiter durch den Bau von Onshore-Windparks und neuer Leitungstrassen zerstört. Weil die Kosten dafür auf die Stromrechnungen umgelegt werden, ist jeder Bürger und auch die Industrie damit zusätzlich belastet.

Als Letztes muss noch ein Problem angesprochen werden, das bisher in der Öffentlichkeit gar nicht thematisiert wurde: die Qualität der elektrischen Stromversorgung, die „Power Quality“. Für die Produktion technischer Produkte, die in Deutschland gefertigt und am Weltmarkt erfolgreich verkauft werden, wird nicht nur eine ständig verfügbare elektrische Stromversorgung vorausgesetzt sondern auch eine hohe Spannungsqualität. Schon im Millisekundenbereich wirken sich Spannungseinbrüche, Spannungsverzerrungen oder überlagerte Überspannungsimpulse gefährdend auf den Produktionsprozess aus. Es kommt dadurch heute schon zu Produktionsunterbrechungen und zu Ausschussproduktionen, und es besteht die Gefahr, dass bestimmte Produktionsanlagen, beispielsweise für die Metallherstellung (Stahl, Kupfer) oder in der Halbleiterfertigung, total zerstört werden können. Generell scheint die Gefahr eines Blackout in der Öffentlichkeit nicht bekannt zu sein. Bei einem längerem Stromausfall funktioniert nichts mehr; kein elektrisches Gerät; keine Heizung, keine Ladenkasse oder Tankstelle, kein Telefon, der Verkehr bricht zusammen, keine Ampel geht, kein Zug fährt, kein Flugzeug kann starten. Die volkswirtschaftlichen Kosten sind kaum abzuschätzen. Wenn dann die Politik beschwichtigt und das Ganze als übertrieben darstellt, weil es ja im letzten Winter zu keinem Blackout gekommen sei, wundert das schon sehr. Im Februar 2012 wurden unter massiver Einwirkung der Bundesnetzagentur großtechnische Verbraucher zum Abschalten und Reservekraftwerke zum Anfahren aufgefordert, ausländische Uraltölkraftwerke mussten Strom für Deutschland produzieren; ja, sogar der Notstromdiesel im abgeschalteten Atomkraftwerk Biblis wurde angeworfen. Dennoch war dann nur noch eine Reserve von 100 MW (das sind von der erforderlichen Spitzenleistung nicht einmal 0,7%) verfügbar. Angesichts dieser Sachlage kann beim besten Willen nicht von einer ausreichenden Stromversorgungssicherheit gesprochen werden. Es ist anzuzweifeln, ob jedem Abgeordneten diese Gefahr bekannt ist. Wenn ja, stellt sich die Frage, wie jeder Abgeordnete seine Zustimmung zu diesem Unsinn zum Wohle des Deutschen Volkes begründen will.

Alle verantwortlichen Politiker müssen sich auch fragen lassen, warum sie eine solche Fehlentwicklung mit absolut unsozialen Folgen unterstützen, warum sie damit die Zukunftschancen unserer Kinder verspielen und den Industriestandort Bundesrepublik ruinieren.

Prof. Alwin B